

Redebeiträge zur abschließenden Haushaltsberatung für 2020 im Rat der Stadt Sehnde am 12.12.2019

(Redebeitrag Siegfried Reichert)

Sehr geehrte Ratsvorsitzende,

Lassen Sie mich zu Beginn kurz etwas weiter ausholen:

Von Friedrich dem Großen ist ein bemerkenswertes Zitat überliefert:

„Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, dass jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.“

Die Realität im Jahr 2019 in Deutschland ist eine andere: Einschließlich der indirekten Steuern ist dieser Satz bereits überschritten.

Und wird – nach dem Erduntergang durch das Waldsterben und das Ozonloch Dank der Klimahysterie weiter steigen. Während die Zahl derer, die Steuern zahlen sinken wird.

Wir haben schon vor geraumer Zeit darauf hingewiesen, dass die Bürger Sehndes bereits genügend Steuern zahlen, diese aber in der Region, dem Land, dem Bund und nun auch durch unsere Ex- Verteidigungsministerin auf europäischer Ebene verprasst und verschenkt werden.

Und Deutschland zukünftig in einer kleiner werdenden EU weiter steigende Nettozahlungen an dieses Bürokratiemonster abführen wird.

Uns fehlen diese fehlgeleiteten Steuern. Und es wird Zeit dass wir als AfD die Möglichkeit zur Umsetzung unseres Grundsatzprogramms bekommen.

Denn dort ist unter Punkt 1.6.2 die Forderung nach der Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung aufgeführt.

Zum Haushaltsplan selbst:

Um diesen mit einfachen Worten zu charakterisieren:

Im Jahr 2020 stehen wir am Rande des Abgrunds, da dann sämtliche positiven Überträge aus Vorjahren ausgegeben sein werden.

Im Jahr 2021 sind wir dann einen Schritt weiter. Das bedeutet dann ohne Wenn und Aber die Erhöhung der kommunalen Steuern.

Wir, die Vertreter der AfD weisen seit Einzug in diesen Rat regelmäßig auf diese Entwicklung hin und haben zum Gegensteuern geraten, bisher ohne jeden Erfolg.

Stattdessen hat sich dieser Rat für die Umsetzung von Luxusprojekten wie einer deutlich größeren neuen Turnhalle fernab der KGS und ein Familienzentrum entschieden, während die vorhandene Infrastruktur langsam - aber sicher - verfällt.

Bei den Planungen des Neubaugebietes Rethmar West wurde zu Beginn argumentiert, dass die Grundstücke über einen längeren Zeitraum so verkauft werden sollten, dass die Kapazitäten der Kita und der Schule weiterhin aus- aber nicht überlastet werden sollten. Dann wurde kolportiert eine Kita im ehemaligen Bundessortenamt unterzubringen.

Davon ist nun auch keine Rede mehr. Denn nun wird mal eben ein Kita-Neubau mit einem Volumen von 3 Mio. Euro eingeplant.

Noch nicht geklärt ist in welchem Umfang die privaten Investoren, die die Gewinne von rund zwei Dritteln des Neubaugebiets abschöpfen an diesen Kosten beteiligt werden.

Und welche für den Verkauf geplanten Grundstücke für den großzügigen Kita-Neubau dafür verwendet werden - die Öffentlichen oder die Privaten?

Die insgesamt geplanten Investitionen erreichen ein Rekordniveau. Dennoch werden diese wie bisher nur zum Teil in 2020 umsetzbar sein und auch nur zum Teil die bestehende Infrastruktur ersetzen.

Die Substanzerhaltung aller öffentlichen Gebäude wird auch weiterhin nicht möglich sein. Eine erste nun offensichtliche Folge ist die Schließung und der Abriss der Kita Ladeholz, obwohl in diese zuvor erhebliche Sanierungsmittel gepumpt wurden.

Während auf der anderen Seite ein massiver Bau wie der der Feuerwehr in Sehnde abgerissen werden soll, der z.B. einer Nachnutzung durch ein Familienzentrum zugeführt werden könnte.

Auch die laufenden Ausgaben erreichen ein Rekordniveau.

Dieses ist zum Teil auf den durchaus sinnvollen Versuch zurückzuführen, im Rahmen der noch vorhandenen Mittel die öffentlichen Gebäude soweit wie möglich zu sanieren um zukünftig hier Luft zu schaffen.

Zu den laufenden Ausgaben zählen aber auch die Personalkosten, die vorläufig weiter steigen werden. Wann und in welchem Umfang diese durch den Einsatz intelligenter Technik verringert werden können ist aktuell noch offen und unklar.

Offen sind auch noch die regelmäßigen zukünftigen Belastungen des ordentlichen Haushalts durch Projekte, die nach außen vergeben wurden oder werden, allem voran das ÖPP-Projekt Turnhalle.

Im Ergebnis wird die Verschuldung wie auch die Steuerbelastung ansteigen.

Damit werden die zukünftigen Generationen in ihren finanziellen Entscheidungen deutlich beschränkt – genauer gesagt: entmündigt.

Dabei gibt es in Deutschland eine Reihe von Kommunen, die konsequent nicht mehr ausgeben als sie voraussichtlich einnehmen werden.

Und das ist auch gut so.

Oder ist hier jemand in dieser Runde, der so mit seinen Nachkommen umgeht, indem er Ihnen Schulden in eklatanter Höhe überlässt?

Warren Buffet – der Finanzmogul - hat hier einen durchaus interessanten Ansatz zu Lösung des Problems vorgeschlagen. Er behauptete, er könne jedes Haushaltsdefizit beseitigen:

Indem alle Politiker, die einer Verschuldung zustimmen ihr passives Wahlrecht verlieren.

Und solange weder irgendeine persönliche Verantwortlichkeit noch eine Haftung vorhanden sind werden wir wohl weiter bei jedem Haushalt eine äußerst kritische bis ablehnende Haltung einnehmen.

(Redebeitrag Wolfgang Ostermeyer)

Die Defizite von heute sind die Steuern von morgen

*„Ein Haushaltsausgleich ist in der Planung auch im Ergebnishaushalt 2020 wieder nicht darzustellen. Der **Fehlbetrag** im ordentlichen Haushalt als auch die Kreditaufnahme hat eine **Rekordhöhe** erreicht.“*

*„Im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum werden auch für die Jahre 2021 bis 2023 noch **ganz erhebliche Haushaltsfehlbeträge** mit gleichzeitigen Darlehensaufnahmen ausgewiesen.“*

*„Somit besteht eine grundsätzliche Verpflichtung zur Aufstellung eines **Haushaltssicherungskonzeptes**, in dem festzulegen ist, in welchem Zeitraum und mit welchen Maßnahmen ein Haushaltsausgleich wieder erreicht werden kann.“*

Diese Sätze fassen die Situation sehr gut zusammen. Sie stammen aus Haushalteinbringungsrede von Bürgermeister Lehrke.

Wir brauchen ein Konzept zur Haushaltssicherung – eine Forderung der AfD, die auch in diesem Jahr ignoriert wurde. So geht es nicht weiter.

Der Haushaltsentwurf 2020, so wie er am Montag dem Verwaltungsausschuss vorgelegt wurde, wies beim ordentlichen Ergebnis ein Minus von über **8,7 Mio** EUR aus – eine neue **Rekordmarke!**

* Das sind immerhin ca. 2,7 Mio mehr als zum Zeitpunkt der Haushaltseinbringung im September.

* Und das obwohl wir bei den Schlüsselzuweisungen des Landes 1 Mio EUR mehr einplanen können als ursprünglich angenommen.

Durch Verrechnung von außerordentlichen Gewinnen (das sind Gewinne aus dem Grundstückverkauf, die wir eigentlich in die Finanzierung der Infrastruktur der Baugebiete stecken müssten) in Höhe von 1 Mio EUR und weil in letzter Minute die Verwaltung gut 1,1 Mio EUR aus dem Sanierungsbudget der KGS Sehnde herausgenommen hat, landen wir im vorliegenden Entwurf bei einem **Rekord-Minus** von nur 6,5 Mio EUR im Ergebnishaushalt.

Für 2020 kommen wir mit Glück wohl um ein formelles Haushaltssicherungsprogramm herum.

Bei den Haushaltsdetails erspare ich mir die Wiederholung der Punkte, die ich bereits im letzten Jahr angesprochen hatte. Die gelten immer noch – so schnell lassen sich die geplanten Vorhaben nicht abarbeiten.

Ansprechen möchte ich aber die rasante Steigerung der Ausgaben im KiTa- und Jugend-Teilhaushalt. Gab es in 2016 noch ein Defizit von 4,5 Mio EUR, waren wir 2019 schon bei einem

Ansatz von 7 Mio EUR und liegen für 2020 bei 8 Mio EUR – und zwar ohne KiTa Ladeholz. Die Entwicklung kann nicht so weiter gehen. Wesentliche kostenrelevante Vorgaben kommen vom Land – hier müssen wir finanzielle Unterstützung einfordern.



Nicht unerwähnt lassen möchte ich auch, dass wir den Haushaltsansatz für die Turnhalle Chausseestraße mit diesem Haushalt von 15,1 Mio EUR auf 18 Mio. EUR angehoben haben. Man könnte sagen: "Luxus kostet".

Für 2021 muss mit einem Defizit von ca. 6 Mio. EUR gerechnet werden. Für die Folgejahre 2022 und 2023 sind wir laut mittelfristiger Finanzplanung, die ja traditionell sehr sehr positiv kalkuliert ist, bei Defiziten jeweils zwischen 2 und 3 Mio. EUR.

Wir sehen, dass in den nächsten Jahren ein großer Schuldenberg auf uns zukommt. Und was tun die Verwaltung und die politische Mehrheit? NICHTS!

Tatenlos haben auch dieses Jahr die Fachausschüsse über die finanziellen Aspekte hinweggesehen. Das Thema Haushaltssicherung wurde möglichst gar nicht angesprochen. Von Haushaltssteuerung im Finanzausschuss kann keine Rede sein.

Um das Geld kümmert sich jemand anderes – und sei es die Kommunalaufsicht im nächsten Jahr. Aufgrund dieser Gesamtsituation werden wir den Haushalt 2020 ablehnen.